

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Hacker, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Elvira Drobinski-Weiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/13550 –**

### **Barrierefreier Zugang zu Großveranstaltungen und Reisen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, den ungehinderten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Großveranstaltungen zu ermöglichen und die Vergabe öffentlicher Mittel stärker mit dem Thema Barrierefreiheit zu verknüpfen. Weltweit könnten Menschen mit Behinderung aufgrund unzureichender Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen oder in den Urlaub fahren. Dieses Problem betreffe ebenso andere Bevölkerungsgruppen, wie Eltern mit Kleinkindern, Unfallgeschädigte oder Senioren. Weiter fordert die Fraktion der SPD, die im Projekt „Tourismus für Alle“ entwickelten Kriterien auch für die Vergabe öffentlicher Mittel anzuwenden und die Ergebnisse des Projektes in die Praxis umzusetzen. Weiterhin soll die Bundesregierung den aktuellen Ist-Zustand von barrierefreien Großveranstaltungen dokumentieren und Barrierefreiheit verbindlich in die Leistungsbeschreibungen von Ausschreibungsverfahren von Großveranstaltungen und Konzessionsvergaben des Bundes aufnehmen. Dabei bedeutet Barrierefreiheit für die Antragsteller nicht nur der ungehinderte Zugang auf das Veranstaltungsgelände, sondern auch, dass sich die Teilnehmer dort frei bewegen können. Zudem fordert die Fraktion, bestehende öffentliche Bauten des Bundes auf ihren ungehinderten Zugang zu überprüfen und sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, ebenso zu verfahren.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/13550 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Klaus Brähmig**  
Vorsitzender

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Hans-Joachim Hacker**  
Berichterstatter

**Jens Ackermann**  
Berichterstatter

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichterstatter

**Markus Tressel**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Hans-Joachim Hacker, Jens Ackermann, Dr. Ilja Seifert und Markus Tressel

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 244. Sitzung am 7. Juni 2013 den Antrag auf **Drucksache 17/13550** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat in seiner 80. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 96. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 101. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13550 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte heraus, Ziel der Bundesregierung sei es, Barrierefreiheit bei allen Maßnahmen auf dem Gebiet der Tourismuspolitik zu berücksichtigen. Es seien eine Reihe von Projekten durchgeführt worden, wie z. B. „Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen in Deutschland“. Auch der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, der 2010 verabschiedet worden sei, enthalte Maßnahmen, die dem barrierefreien Tourismus zugute kämen. Es gebe zwar noch Handlungsbedarf, aber man könne auch nicht so tun, als sei Deutschland in Sachen Barrierefreiheit ein Brachland. Der Boom im Deutschlandtourismus sei auch gar nicht denkbar ohne eine immer weitere Verbesserung der Angebote im Bereich der Barrierearmut und Barrierefreiheit.

Der Antrag erwecke den Eindruck, als sei mit einigen Forderungen aus dem Deutschen Bundestag heraus Barrierefreiheit herzustellen. Dabei sei der Antrag gespickt mit Forderungen, der Bund solle auf die Länder einwirken, bestimmte Dinge einzuführen. Angesichts der Tatsache, dass die SPD an 14 von 16 Landesregierungen beteiligt sei, seien die aufgestellten Forderungen vorwiegend Blendwerk. Die Herstellung umfassender Barrierefreiheit sei ein mühsamer Weg, an dem alle Akteure und alle Verantwortungsträger vor Ort im Verbund gemeinsam Schritt für Schritt mit bauen müssten.

Die **Fraktion der SPD** machte darauf aufmerksam, dass weltweit Millionen von Menschen mit Behinderungen wegen unzureichender Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können. Das betreffe nicht nur Menschen, die in ihrer Bewegung eingeschränkt sind, sondern auch Menschen, die nicht hören, sehen oder sprechen können oder die in ihren kognitiven Fähigkeiten eingeschränkt seien. Barrierefreiheit sei nicht nur für Menschen mit Behinderungen Grundlage für einen stressfreien Urlaub, sondern käme allen Menschen zugute. Besonders Eltern mit Kleinkindern, Unfallgeschädigte oder Senioren profitieren von barrierefreien Angeboten. Ein gelungenes Beispiel für eine barrierefreie Großveranstaltung sei die Bundesgartenschau (BUGA) 2009 in Schwerin gewesen. Bei der Vorbereitung und Durchführung der BUGA Schwerin sei großer Wert auf Maßnahmen gelegt worden, die den Besuchern mit Mobilitätseinschränkungen einen möglichst uneingeschränkten Zugang zum Gelände und zum Gartenkunsterlebnis auch ohne fremde Hilfe ermöglicht hätten.

Daher sei die Bundesregierung aufgefordert, unter Mitwirkung der Landesbehörden und der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen noch stärker Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu ergreifen. Der Schwerpunkt liege dabei auf Maßnahmen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge, öffentlich zugänglicher Bauten und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass barrierefreie Reisen im gesamten Spektrum der touristischen Leistungskette zu verankern sei. Zudem sei es jedem Veranstalter und Gastwirt klar, dass er sich einen Wettbewerbsvorteil verschafft, wenn er auf die stetig wachsende Bevölkerungs-

gruppe der Älteren und Behinderten eingehe. Gerade angesichts des demographischen Wandels sei die Teilhabe aller Menschen am Tourismus von zentraler Bedeutung. Das Thema sei wichtig und daher sei es um so bedauerlicher, dass der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD nicht nur positiv zu beachten sei. Die SPD möchte mit staatlichen Sanktionen und Zwang ihre Ziele erreichen. Die Liberalen hätten einen anderen Anspruch und setzten auf die Eigenverantwortung der Menschen – auch in der Tourismuswirtschaft.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass sich alle Punkte des Antrags bereits – wesentlich präziser formuliert – in vorherigen Anträgen und anderen parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE., aber auch bei der Fraktion der SPD und der Koalition wiederfänden. Stellvertretend sei hier der Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Barrierefreier Tourismus für alle in Deutschland“ (Drucksache 16/10317) zu nennen. Aber der SPD-Antrag enthalte auch sachliche Unrichtigkeiten. So werde in den ersten beiden Forderungen auf das Projekt „Tourismus für alle“, welches zurzeit vom Deutschen Seminar für Tourismus (DSFT) sowie der Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für alle (NatKo) realisiert werde, Bezug genommen. Dieses Projekt sei aber noch nicht abgeschlossen. Gleichwohl würden schon jetzt die Anwen-

dung der entwickelten Kriterien und die Umsetzung der Ergebnisse gefordert. Der Antrag betrifft zwar wichtige Themen, die von der Fraktion DIE LINKE. jederzeit aktiv unterstützt werden, ist aber leider schlecht gemacht und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass in Deutschland etwa 8,7 Millionen Menschen mit einer Behinderung lebten. Wo beispielsweise eine Stufe Probleme bereite, stelle eine Reise oder die Teilnahme an einer Großveranstaltung eine enorme Herausforderung dar. Die Grünen setzten sich dafür ein, dass aus der Freiheit zu reisen, für Menschen mit einer Behinderung ein Recht zu reisen werde. Barrierefreie Großveranstaltungen und auch barrierefreies Reisen sei möglich. Der Fachkongress zum barrierefreien Tourismus auf der Internationalen Tourismusbörse 2013 habe gezeigt, dass man auf internationaler Ebene noch viel voneinander lernen könne. Um bessere barrierefreie Reisemöglichkeiten zu schaffen, müsse in Infrastruktur, Hotels und Räumlichkeiten für Großveranstaltungen investiert werden. Hier verberge sich auch ein großes wirtschaftliches Potenzial. Barrierefreiheit sei eine große Chance für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit von touristischen Destinationen.

Berlin, den 12. Juni 2013

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Hans-Joachim Hacker**  
Berichterstatter

**Jens Ackermann**  
Berichterstatter

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichterstatter

**Markus Tressel**  
Berichterstatter